

Stand: 21.05.2026 01:02:15

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/11092

"Versorgungssicherheit stärken – Potenziale von Biogas und Biomethan für eine dezentrale Energieversorgung in Bayern konsequent nutzen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/11092 vom 18.03.2026
2. Beschluss des Plenums 19/11172 vom 19.03.2026
3. Plenarprotokoll Nr. 72 vom 19.03.2026



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Josef Lausch, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER),**

Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Petra Högl, Kerstin Schreyer, Josef Zellmeier, Daniel Artmann, Barbara Becker, Maximilian Böttl, Leo Dietz, Dr. Stefan Ebner, Sebastian Friesinger, Patrick Grossmann, Andreas Kaufmann, Manuel Knoll, Harald Kühn, Dr. Petra Loibl, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Thomas Pirner, Jenny Schack, Josef Schmid, Sascha Schnürer, Thorsten Schwab, Werner Stieglitz, Steffen Vogel, Kristan Freiherr von Waldenfels und Fraktion (CSU)

Versorgungssicherheit stärken – Potenziale von Biogas und Biomethan für eine dezentrale Energieversorgung in Bayern konsequent nutzen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- gemeinsam mit Netzbetreibern, Speicherbetreibern und der Energiewirtschaft bayerische Vorschläge für eine bundesweite Strategie zur stärkeren Integration von Biomethan in die bayerische Gasversorgung und Gasspeicherinfrastruktur zu entwickeln und bestehende Hemmnisse bei Einspeisung, Transport und Speicherung abzubauen,
- sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass Biogas und Biomethan als systemrelevanter Bestandteil der Energieversorgung stärker berücksichtigt werden und entsprechende regulatorische Rahmenbedingungen verbessert werden,
- die flexible Strom- und Gasproduktion aus Biogas als wichtigen Beitrag zur Netzstabilität, zur Speicherung erneuerbarer Energie und zur Versorgungssicherheit im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel weiter zu stärken.

Begründung:

Die Versorgungssicherheit mit Gas bleibt auch künftig ein zentraler Bestandteil einer stabilen Energieversorgung für Bayern als Industriestandort und für die Bevölkerung im Freistaat. Die aktuellen Füllstände der Gasspeicher zeigen, dass das Energiesystem weiterhin auf eine verlässliche Vorsorge und eine robuste Infrastruktur angewiesen ist.

Gerade in Zeiten geopolitischer Unsicherheiten und volatiler Energiemärkte ist es entscheidend, heimische und erneuerbare Energieträger stärker in die Energieversorgung einzubinden.

Biogas und daraus erzeugtes Biomethan bieten hierfür erhebliche Chancen. Biomethan kann in bestehende Gasnetze eingespeist, gespeichert und flexibel genutzt werden. Damit verbindet dieser Energieträger die Vorteile erneuerbarer Energie mit der vorhandenen Gasinfrastruktur.

Bayern verfügt über eine starke Landwirtschaft und eine hohe Dichte an Biogasanlagen. Diese leisten bereits heute einen wichtigen Beitrag zur regionalen Wertschöpfung, zur Energiewende und zur Stabilität des Energiesystems.

Durch eine stärkere Nutzung von Biogas und Biomethan können Importabhängigkeiten reduziert, dezentrale Versorgungsstrukturen gestärkt und zusätzliche Flexibilität im Energiesystem geschaffen werden. Gleichzeitig wird die Wertschöpfung im ländlichen Raum gesichert.

Vor diesem Hintergrund gilt es, die Potenziale von Biogas und Biomethan konsequent weiterzuentwickeln und stärker in die Energie- und Versorgungssicherheitsstrategie Bayerns einzubinden.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Josef Lausch, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Petra Högl, Kerstin Schreyer, Josef Zellmeier, Daniel Artmann, Barbara Becker, Maximilian Böttl, Leo Dietz, Dr. Stefan Ebner, Sebastian Friesinger, Patrick Grossmann, Andreas Kaufmann, Manuel Knoll, Harald Kühn, Dr. Petra Loibl, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Thomas Pirner, Jenny Schack, Josef Schmid, Sascha Schnürer, Thorsten Schwab, Werner Stieglitz, Steffen Vogel, Kristan Freiherr von Waldenfels und **Fraktion (CSU)**

Drs. 19/11092

Versorgungssicherheit stärken – Potenziale von Biogas und Biomethan für eine dezentrale Energieversorgung in Bayern konsequent nutzen

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- gemeinsam mit Netzbetreibern, Speicherbetreibern und der Energiewirtschaft bayerische Vorschläge für eine bundesweite Strategie zur stärkeren Integration von Biomethan in die bayerische Gasversorgung und Gasspeicherinfrastruktur zu entwickeln und bestehende Hemmnisse bei Einspeisung, Transport und Speicherung abzubauen,
- sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass Biogas und Biomethan als systemrelevanter Bestandteil der Energieversorgung stärker berücksichtigt werden und entsprechende regulatorische Rahmenbedingungen verbessert werden,
- die flexible Strom- und Gasproduktion aus Biogas als wichtigen Beitrag zur Netzstabilität, zur Speicherung erneuerbarer Energie und zur Versorgungssicherheit im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel weiter zu stärken.

Die Präsidentin

I.V.

Ludwig Hartmann

IV. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Josef Lausch

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Florian Köhler

Abg. Toni Schuberl

Abg. Paul Knoblach

Abg. Florian von Brunn

Abg. Sebastian Friesinger

Abg. Gerd Mannes

Staatssekretär Tobias Gotthardt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich rufe nun zur Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

**Florian Streibl, Felix Locke, Josef Lausch u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und
Fraktion (CSU)**

**Versorgungssicherheit stärken - Potenziale von Biogas und Biomethan für eine
dezentrale Energieversorgung in Bayern konsequent nutzen (Drs. 19/11092)**

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Josef Lausch das Wort.

Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Hochverehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Bürgerinnen, junge Bürgerinnen und Bürger auf dem Balkon! Die Sicherheit der Versorgung Bayerns mit Energie sehen wir als Regierungsfraktion als eine zentrale staatliche Aufgabe, gerade auch für Bayern als Industriestandort, aber gerade auch für unsere Bürgerinnen und Bürger. Die Energieversorgung ist die Grundlage für Wohlstand, Arbeitsplätze und soziale Stabilität in unserem schönen Bayernland. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, wie verletzlich Energiesysteme sein können. Ich möchte hier nur an den Vorfall in Berlin erinnern. Es ist auch interessant, dass mir gleichzeitig mit dem Stromausfall, mit der Sabotage in Berlin, irgendwie ein Tennisplatz in den Hinterkopf kommt. Ich weiß jetzt auch nicht, warum.

Aber deshalb ist das Ziel: Wir brauchen in Bayern mehr Unabhängigkeit, mehr Verlässlichkeit und mehr Resilienz. Die Lösung ist die dezentrale Energieerzeugung. Das ist tatsächlich die Lösung und nicht das Problem.

Zentrale Energieerzeugung, wie wir sie in der Vergangenheit hatten, beinhaltet immer die Gefahr, dass, wenn ein riesengroßes Kraftwerk ausfällt, große Probleme für unsere Energieversorgung entstehen. Ich möchte hier nur an den Sommer 2024 erinnern, in dem Frankreich, das seine Energie zu einem hohen Prozentsatz aus Atomenergie bezieht, große Probleme hatte, weil man die Atomkraftwerke nicht mehr kühlen konnte

und ein großer Anteil in Revision war. Auf einmal war dann doch der aus Erneuerbaren erzeugte Strom aus Deutschland in Frankreich gefragt.

Die CSU und die FREIEN WÄHLER legen ein klares Bekenntnis zu einer pragmatischen und technologieoffenen Energiepolitik ab. Der Fokus darf nicht auf Ideologie, sondern muss auf funktionierenden Lösungen im Hier und Jetzt liegen. Die Bedeutung von Biogas, Biomethan und Biomasse kann diesbezüglich nicht hoch genug eingeschätzt werden. Biogas und Biomasse sind bis heute tragende Säulen der erneuerbaren Energien in Bayern.

Ich möchte einige Zahlen dazu nennen: 20 % des erneuerbaren Stroms in Bayern wird aus Biomasse gewonnen. Über 2.700 Biogasanlagen haben im Jahr 2024 circa 9,1 Terawattstunden Strom erzeugt. Das reicht für eine Versorgung von bis zu 3 Millionen bayerischen Haushalten. Insgesamt gibt es in Bayern 1,5 Gigawatt installierte Leistung. Auch die Wertschöpfung ist nicht zu kleinzureden. Deutschlandweit generieren die Biogasanlagen eine Wertschöpfung von 13 Milliarden Euro, 50.000 Arbeitsplätze und 21 Millionen Tonnen Treibhausgasemissionen, die eingespart wurden.

Besonders Bayern profitiert davon, dass wir, Gott sei Dank, eine starke landwirtschaftliche Struktur und eine große Zahl an bestehenden Biogasanlagen haben. Der entscheidende Vorteil sind heimische Energieträger als Biomasse, unabhängig von Importen. Die Wertschöpfung, das Geld, bleibt in Bayern. Es wird der örtliche Handwerker, der örtliche Elektriker beauftragt. Biomasse und Biogas sind kontinuierlich verfügbar und zum großen Teil nicht wetterabhängig. Die Einspeisung von Biomethan in bestehende Gasnetze ist ohne das Schaffen einer neuen Großinfrastruktur technisch möglich. Die Nutzung vorhandener Speicher ist fast zwingend. Biogas hat den Vorteil, von Phase Slot, dass also auch die Energie von den Sommermonaten als riesengroßer Akku in den Winter gebracht werden kann. Biogas kann flexibel Strom erzeugen, und zwar genau dann, wenn im Netz Strombedarf besteht, und kann ein Ausgleich zu schwankender Wind- und Solarenergie sein.

Wir haben in unserem Antrag konkrete Forderungen an das Bundeswirtschaftsministerium, an die Bundesregierung und besonders an die Bundesnetzagentur. Besondere Forderungen in unserem Antrag sind die bessere Integration von Biomethan in die Gasversorgung und auch in die Speicherinfrastruktur. Wir fordern den Abbau bestehender Hemmnisse, die bei der Einspeisung ins Stromnetz, beim Transport und bei der Speicherung bestehen.

Die Krux, das große Problem, bei diesem Thema ist: Das alles ist zu einem hohen Prozentsatz Bundessache. Dafür braucht es mehr "Wumms" auf Bundesebene und mehr Innovation. Deswegen ist der Antrag richtig und wichtig. Wir brauchen die Verbesserung der regulatorischen Rahmenbedingungen. Wir brauchen die stärkere Anerkennung von Biogas als systemrelevanter Energieträger, als Teil des gesamten Systems. Wir brauchen die weitere Stärkung der flexiblen Strom- und Gasproduktion im bestehenden System und keine Schwächung des Weiterbetriebs von bestehenden Anlagen. Energieinfrastruktur, die ohnehin besteht, muss man doch weiter nutzen. Einen Hemmschuh bauen wir in Bayern mit dem Vierten Modernisierungsgesetz gerade ab. Der kleine Begriff "Stand der Technik" erzeugt extreme unnötige Investitionskosten bei allen Anlagen. Es muss nicht alles immer auf dem neuesten Stand der Technik sein. Die Biogasanlagen haben vor zehn Jahren auch vernünftig und sicher funktioniert.

Wir brauchen dringend die Nutzung vorhandener Potenziale. Wir brauchen die Ergänzung zu anderen Energieformen. Wir brauchen realistische Energiepolitik, die Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Klimaschutz verbindet. Wir brauchen Biogas und Biomethan als sofort verfügbare, steuerbare und regionale Energiequellen. Wir, die Bayerische Staatsregierung, das bayerische Wirtschaftsministerium und besonders unser bayerischer Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger, machen in Bayern, was wir können. Wir haben mit dem Programm "BioMeth Bayern" ein Förderprogramm auf die Füße gestellt, das jedoch leider durch das Förderrecht auf 10 Millionen Euro begrenzt ist. Wir bieten Clusterstudien an, haben die "Einspeiseinitiative Biogas Bayern" und

haben eine Grüngas-Strategie. Leider können wir die Bundesregierung nur auffordern und bitten, da das Förderrecht die bayerische Finanzkasse in hohem Maße begrenzt.

Unser Antrag leistet einen konkreten Beitrag zur Stärkung Bayerns im Hier und Jetzt. Deshalb bitte ich um Zustimmung.

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Florian Köhler für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Bitte schön, Sie haben das Wort.

Florian Köhler (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ganz besonders möchte ich die Herren und Damen von der CSU und den FREIEN WÄHLERN begrüßen, die uns heute mit ihrem Dringlichkeitsantrag beglücken: Versorgungssicherheit stärken mit Biogas und Biomethan.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Ihr beglückt uns nie!)

Das ist rührend, es ist grün, und es ist kurzsichtig. Während Bayern im Februar 2026 mit zu 80 % leeren Gasspeichern dastand, während die Speicher in Breitbrunn zu 84 % und in Wolfersberg zu 95 % leer sind und ab 2027 sogar stillgelegt werden sollen, während über 250.000 Industriearbeitsplätze in Deutschland seit 2019 vernichtet wurden und die Energiearmut gestiegen ist, kommen Sie daher und erzählen uns, das große Problem sei, dass wir zu wenig Biomethan, also Gülle, Tiermist und Abfälle, ins Netz einspeisen.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Das ist nicht nur naiv, sondern auch ein ideologischer Blindflug auf Kosten der bayerischen Familien und Betriebe.

(Beifall bei der AfD)

Ihr Antrag ist das perfekte Beispiel für die große Täuschung der letzten Jahre. Man nimmt ein echtes Problem, die Versorgungssicherheit, und verpackt es in grüne Wort-hülsen, damit ja niemand merkt, dass man die eigentliche Ursache nicht anrühren will. Sie fordern eine bundesweite Strategie für Biomethan, den Abbau von Hemmnissen bei der Einspeisung und eine flexible Strom- und Gasproduktion. Das ist schön, aber wo ist die Forderung, Sanktionen aufzuheben, die uns wirtschaftlich schaden? Wo ist der Kampf gegen die CO₂-Steuer, die jeden Kubikmeter Gas um 70 % verteuert? Wo ist die Abschaffung des Gebäudeenergiegesetzes und des Wärmeplanungsgesetzes, die Millionen Haushalte in die Energiearmut treiben? – Nirgendwo, weil sie Angst haben, die heilige Kuh, die Energiewende, auch nur anzutasten.

An dieser Stelle muss ich auch dem Bundeskanzler Merz in Sachen Kernkraftausstieg widersprechen: Demokratische Beschlüsse sind nicht irreversibel. Das Wesen einer Demokratie besteht gerade darin, dass Entscheidungen durch spätere Mehrheiten revidiert, geändert oder gar aufgehoben werden können. Meine Damen und Herren, allein diese Aussage, der Ausstieg aus der Kernkraft sei irreversibel, sagt unfreiwillig mehr über den Zustand der Union und über Kanzler Merz aus, als ihm lieb sein wird. Wir haben in der Vergangenheit Anträge gestellt und den einzig ehrlichen Weg aufgezeigt. Während Sie nur warme Worte und Papier produzieren, handelt die AfD mit Taten und Geld. Mit einem Änderungsantrag zum kommenden Haushalt vom 04.03.2026 schaffen wir eine echte Einspeiseinitiative Biogas Bayern. 20 Millionen Euro werden für 2026 umgeschichtet, für 2027 dann noch einmal 15 Millionen Euro, um den Netzanschluss zu subventionieren. Das machen auch Frankreich und Österreich. Die AfD kann das auch.

Meine Damen und Herren, genau das ist der Unterschied zwischen Realpolitik und Ihrem grün lackierten Placebo-Antrag. Sie wollen Symptome behandeln, wir wollen die Krankheit heilen, die Sanktionen aufheben, die CO₂-Steuer und den EU-Emissionshandel abschaffen, das GEG und das WPG durch den Reißwolf drehen, Erdgasspei-

cher unter bayerischer Kontrolle schaffen usw. Das ist der AfD-Weg: Biomethan als Ergänzung, nicht als ideologischer Ersatz für günstiges Gas verstehen. Deswegen können wir uns bei Ihrem Antrag auch nur enthalten.

(Tim Pargent (GRÜNE): Putin sagt Danke!)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Es liegen zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung vor. Für die erste hat der Abgeordnete Josef Lausch, FREIE-WÄHLER-Fraktion, das Wort. Bitte.

Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Köhler, herzlichen Dank, dass Sie sprichwörtlich klargemacht haben, dass Ihnen 2.700 landwirtschaftliche Familienbetriebe egal sind,

(Florian Köhler (AfD): Quatsch!)

als Sie gesagt haben, Biogas sei nicht relevant. So war die Aussage. Das sei ein Tröpfchen, das sei Ihnen egal. Das möchte ich wirklich dokumentieren. Sie fischen bei den Landwirtschaftsfamilien mit platten Argumenten, und wenn es zum Offenbarungseid kommt, dann sind Sie gegen die bayerische Landwirtschaft. Ich möchte von Ihnen eine Antwort: Sind bis zu 3 Millionen bayerische Haushalte, die wir mit Biogas und Biomasse versorgen, nicht relevant? Ist das einfach nur klitzeklein? Stehen Sie zu dieser Aussage?

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Abgeordneter Köhler.

Florian Köhler (AfD): Herr Lausch, vielleicht haben Sie mich missverstanden, aber das haben wir gerade nicht behauptet.

(Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Doch!)

– Nein, haben wir nicht. Erzählen Sie nichts. Wir haben sogar in den vergangenen Anträgen gefordert, dass man Erdgas über die Biogasanlagen verfeuern und man da ebenfalls einspeisen könnte, damit sie nicht nur ausgelastet sind, sondern damit sie

ein Stück weit wettbewerbsfähig werden. Das ist auch Teil der Wahrheit, Herr Lausch. Sie werden nicht bestreiten können: Viele Biogasanlagen – Stichwort vierfache Überbauung und dergleichen – sind nur rentabel, weil es eine hoch subventionierte Angelegenheit ist. Wir können natürlich Probleme mit Steuergeld zuschütten, aber das ist nicht unser Ansatz. Wir wollen Wettbewerbsfähigkeit. Ich finde Biogas grundsätzlich sogar gut, weil es grundlastfähig ist. Aber wir müssen das Pferd anders aufzäumen. Derzeit ist es leider Gottes nur eine Ergänzung nach unserer Idee, aber garantiert nicht die alleinige Lösung.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Für eine zweite Zwischenbemerkung hat der Abgeordnete Toni Schuberl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

(Zuruf von der AfD: Oh!)

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Köhler, sobald es um Energieversorgung geht, hat die AfD immer nur einen zentralen Vorschlag, nämlich: das Gas von Putin zu holen.

(Zuruf von der AfD: Oh!)

Das ist ein Mensch, der unserem Land mit atomarer Vernichtung droht,

(Lachen bei der AfD)

der ein Land mit westlichen Werten angreift und es imperialistisch erobern möchte. Ihm wollen Sie die Kriegskassen füllen. Gegenüber welchem Land sind Sie eigentlich loyal, und warum hassen Sie unser Land so stark?

(Beifall bei den GRÜNEN – Lachen bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Abgeordneter Köhler.

Florian Köhler (AfD): Meine Damen und Herren, es ist gut, dass die Besuchertribüne so gut gefüllt ist. Ich erteile Ihnen gerne eine Lehrstunde in Sachen Geschichte.

Wer hat uns denn überhaupt erst dazu gebracht, dass wir russisches Gas beziehen müssen? Wer hat uns denn überhaupt erst in die Lage gebracht, dass Nord Stream gebaut werden musste, und dergleichen? – Das war Rot-Grün unter Schröder und Fischer.

Herr Schuberl, man muss auch sagen: Sie haben dieses ganze Konstrukt als Alternative zum Ausstieg aus der Kernkraft aufgebaut. Sie sagen, wir hätten keine Lösungen. – Wir haben durchaus Lösungen: Wir sind für Technologieoffenheit, wir wollen Kernkraft, wir wollen Kohlekraft, wir sind für einen Energiemix. Erneuerbare Energien spielen da freilich eine Rolle.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Aber es geht letztendlich um Grundlastfähigkeit und Versorgungssicherheit. Herr Schuberl, eines kann ich Ihnen schon sagen: Wir stehen zu Deutschland mit jeder Silbe. Ich kann Ihnen auch sagen: Bei all unseren politischen Entscheidungen gilt für uns folgender Leitsatz: Deutschland zuerst. – Im Gegensatz zu Ihnen.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Paul Knoblach für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Paul Knoblach (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen! Es mag sein, dass die AfD für Deutschland steht, aber für welches Deutschland? Wir müssen doch klären, wie dieses Deutschland aussehen soll, auf das wir alle außerhalb Ihrer Fraktion nicht warten. Wir werden unser Deutschland und unser Bayern davor schützen, dass es das Gesicht erhält, das Sie sich wünschen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt aber doch zum gemeinsamen Antrag von FREIEN WÄHLERN und CSU: Auch wir GRÜNE haben kein Problem mit der Anwendung von Biogas. Ich selbst komme aus der Landwirtschaft, wir betreiben keine Biogasanlage, aber es gibt doch einige Kollegen, die ich sehr schätze, die das machen und gut machen. Das ist keine Frage.

Aber in Ihrem Antrag weichen Sie – und das ist das Bedauerliche – von der etwas verquerten Kraftwerkstrategie von Frau Katherina Reiche ab. Während Frau Katherina Reiche den Erdgaskraftwerken den Weg bahnen will, indem sie bei ihrer Ausschreibung von 12 Gigawatt nur 2 Gigawatt für Technologien wie beispielsweise Biogas und Biomethan im Speziellen offenhalten möchte, sollen weitere 10 Gigawatt aus Erdgas erzeugt werden. Es gibt also gar keinen Platz, was schade ist. Ich bin sicher, als CSU haben Sie den direkten Draht zu Frau Reiche und könnten dafür sorgen, dass sie daran etwas ändert und mehr Technologieoffenheit in ihre Kraftwerkstrategie bringt. Das wäre einmal eine Überlegung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber bisher ist das nicht der Fall. Ich schätze den Herrn Kollegen Lausch, und ich verstehe seine Ansätze. Das ist nicht die Frage. Aber da liegen tatsächlich die Hinderungsgründe; Herr Lausch weiß das auch. Dass Sie als CSU und FREIE WÄHLER hier Forderungen aufstellen, die Sie selbst und sofort in Berlin adressieren könnten, ist eher Ihr Versuch, sich gegenüber den biogasbetreibenden Landwirtschaften freundlich zu zeigen, was nicht böse gemeint ist, aber das reicht halt nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und Sie müssen auch wissen: Biogas kann man nur einmal verwenden, entweder als Biomethan, als Gas oder um Wärme daraus zu erzeugen. Das war es dann halt. Wenn wir unsere bayerischen Möglichkeiten, die wir tatsächlich haben, oder unsere bayerischen Grenzen, die es tatsächlich gibt, anschauen, dann stellen wir fest, dass es eben anders ist.

Bayern hat eine gesamte landwirtschaftliche Nutzfläche von 3,09 Millionen Hektar. Um diese Biomethan-Strategie für Bayern auszurollen, bräuchten wir dafür ungefähr 22 % unserer landwirtschaftlichen Nutzflächen. Das würde heißen, in Bayern 660.000 Hektar mit Energiepflanzen einzusäen und zu beernten, um diese Mengen an Biomethan herzustellen. Das kriegen wir nicht hin. Dafür gibt es zu viel Konkurrenz, vor allem, um uns Menschen selbst zu ernähren. Dann haben wir auch noch Tiere, die wir füttern wollen. Das will ich gar nicht schlechtreden, aber das ist der Fall. Wir können Bayerns Flächen nicht einmal so, einmal anders oder mehrfach verteilen. Das ist nicht möglich und wird uns GRÜNEN immer vorgeworfen. Das gelingt aber niemandem, weder uns noch allen anderen.

Wir müssten unsere bayerische Fläche für Energiepflanzen von derzeit 10 % der Fläche auf über 20 % aufstocken. Das ist nun einmal nicht drin. Wenn wir 65 % Biomethan oder Grüngas erreichen wollten, würde die bayerische landwirtschaftliche Fläche im Ganzen nicht ausreichen. Es ist trotzdem richtig und trifft zu: Grundlastfähige Biogasanlagen sollten weiter am Netz bleiben, keine Frage. Aber wir müssen einfach ehrlicherweise sehen, welche Möglichkeiten wir hier in Bayern wirklich selbst haben.

Zudem sind unsere Möglichkeiten politisch eingeschränkt, weil die Hauptlinien nun einmal in Berlin entschieden wurden, nämlich nur 2 von 12 Gigawatt technologieoffen erzeugen zu wollen und im Vorzüglichen eben auf Erdgas zu setzen, was ich nicht gut finde; ich kann mir vorstellen, Kollege Lausch auch nicht. Aber da müssen wir halt ran. Sprechen Sie mit Ihrem Koalitionspartner, dass er Druck ausübt, damit sich das ändert. Wir sehen einiges Wahres im Antrag, aber ganz ehrlich ist er nicht. – Wir werden nicht ablehnen, wir werden uns enthalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist der Kollege Florian von Brunn für die SPD-Fraktion. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, verehrte Damen und Herren! Dem einen Teil des Antrags könnten wir zustimmen, wenn es darum geht, das Problem der Dunkelflauten anzugehen – wir reden von ungefähr zwölf Tagen im Durchschnitt im Jahr –, indem wir auch die Biogaskraftwerke als Reserve einsetzen und nicht bloß die Gaskraftwerke, die mit Erdgas, also mit fossilem Gas, laufen. Das ist absolut sinnvoll.

Es ist auch absolut sinnvoll, Biogaskraftwerke für lokale Nahwärmenetze einzusetzen. Mich macht aber stutzig, dass wir mit Netzbetreibern im Gasbereich reden sollen, was in Ihrem Antrag so mitschwingt. Das klingt danach, als ob jetzt jedes Biogaskraftwerk in Bayern und Deutschland an das Gasnetz angeschlossen werden soll, was zu gigantischen Kosten für die Endnutzer und vor allem auch für die Mieterinnen und Mieter führen würde. Solange hier nicht klar ist, worum es geht, und solange die Kosten nicht auf dem Tisch liegen, können wir als Mieterschutzpartei SPD einem solchen Antrag nicht zustimmen. Deswegen werden wir uns enthalten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Nächster Redner ist für die CSU-Fraktion Herr Kollege Sebastian Friesinger. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Sebastian Friesinger (CSU): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin als allererstes für Bayern da. Ich setze mich für bayerische Landwirtinnen und Landwirte ein. Ich setze mich vor allem für diejenigen Betriebe ein, die bereits investiert und sich Wissen angeeignet haben und die man zum Teil vor den Kopf gestoßen hat. Darum muss man ganz einfach weiter dranbleiben. Bayern steht nämlich in Sachen Biogas vor einer doppelten Herausforderung. Die Transformation hin zur

klimateutralen Energieversorgung bei gleichzeitiger Sicherstellung der Versorgungssicherheit mit Energie zum akzeptablem Preis ist die Aufgabe der Zukunft. Dieser müssen wir uns stellen. Die Abhängigkeit von fossilen Energieimporten – wir haben es schon öfter gehört – hat uns insbesondere durch den Wegfall russischer Gaslieferungen die Dringlichkeit einer heimischen, flexiblen und grundlastfähigen Energiequelle – das ist sie allemal – schlagartig vor Augen geführt.

Bei Biogas und Biomethan handelt es sich nicht um Technologien für die Zukunft, sie sind bereits jetzt funktionierende Realität in Bayern. Es gibt über 2.700 Biogas-Betriebe. Jede vierte Biogasanlage steht bei uns in Bayern. Das haben wir jetzt schon ein paarmal gehört. Das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie hat mit der Einspeiseinitiative Biogas Bayern im Mai 2025 einen Prozess ins Leben gerufen und gestartet, an dem Netzbetreiber, Anlagenbetreiber, Verbände, Wissenschaftler und alle drumherum beteiligt sind. Dazu zählen der Bayerische Bauernverband, mehrere Netzbetreiber und vor allem auch der Fachverband Biogas. Ziel ist es, den Anschluss von Biogasaufbereitungsanlagen ans Gasnetz deutlich zu beschleunigen und wirtschaftlicher zu gestalten. Dies erfolgt vor dem Hintergrund der Umsetzung der Gas-Binnenmarkt-Verordnung und der Gas-Binnenmarkt-Richtlinie sowie des Auslaufens der Gasnetzzugangsverordnung.

Es bestehen Hemmnisse bei Transport und Einspeisung. Wir brauchen Initiativen, um das zu unterstützen und voranzutreiben. Es ist wichtig, dass wir uns auch einbringen. Der Sinn dieses Antrags ist es, dies beim Bund voranzutreiben, und zwar im positiven Sinn. Wir müssen Anträge im Bundesrat zur EEG-Novelle einbringen und uns beim Kraftwerkssicherheitsgesetz für eine flexible Strom- und Gasproduktion für heimisches Biogas einsetzen. Die Netzzugangsverordnung wird zurzeit immer nur verlängert. Wir brauchen aber Planungssicherheit für unsere Landwirte, um sie dazu zu bewegen, auch weiterhin zu investieren. Das würde für unsere Resilienz in Bayern einen wichtigen Beitrag leisten. Zudem wäre die Flexibilisierung mit Speichervorrichtungen – wir

haben es schon gehört – und auch mit Akkus wichtig. Vor Ort können wir sehr viel unterstützen.

Im Endeffekt ist es richtig, dies zu fordern. Ein Biogas-Cluster ist mit Sicherheit der richtige Weg, um das voranzutreiben. Mit Sicherheit gibt es noch große Herausforderungen, zum Beispiel einen Leitungsbau, der einen großen Kostenfaktor darstellt. Ich komme aus dem Raum Rosenheim. Wir haben ungefähr 115 Biogasanlagen. Im kleinen Kreis haben wir im Landkreis schon des Öfteren Gespräche geführt, wie wir das darstellen könnten. Wir können nicht bloß stolz sein, dass wir unser Herbstfest in Rosenheim mit regionaler Energie versorgt haben. Wir müssen auch für die Zukunft etwas voranbringen, damit die Landwirte weiter ihrer Tätigkeit nachgehen und ihr Wissen einbringen können.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Gasaufbereitung können größere Betriebe selber darstellen. Des Öfteren würde reines Biogas reichen. Das haben wir auch schon gehört. Wir brauchen nur die Leitungen dazu. Dies kann mit der Netzzugangsverordnung geregelt werden. Wir sollten wirklich zum Vorteil unseres Landes handeln. Aus diesem Grund ist dieser Antrag zu unterstützen.

Biogas ist klimafreundlich, steuerbar und grundlastfähig. Es kann dezentral produziert werden und verringert die Abhängigkeit von Importen. Bei uns in Bayern sind die Landwirte bereit zu investieren. Das geht aber nur, wenn wir ihnen Planungssicherheit und eine Perspektive geben. Biogas ist ein zentraler Baustein für Versorgungssicherheit, für den Klimaschutz, von dem wir oft reden, und für die Resilienz. Stimmen wir dem Antrag für die Zukunft der landwirtschaftlichen Familienbetriebe zu, die sich in diesem Bereich bis jetzt massiv engagieren und sich Wissen angeeignet haben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter Gerd Mannes von der AfD-Fraktion hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Gerd Mannes (AfD): Herr Friesinger, Sie haben recht. Es stimmt. Viele Landwirte sind angeschmiert, weil sie in Anlagen investiert haben und jetzt bei Ausschreibungen nicht zum Zug kommen. Ja, die Landwirte brauchen Planungssicherheit. Ich habe ein paar Fragen.

Wie viel wurde durch Ihre Einspeiseinitiative Biogas Bayern, die Sie ins Leben gerufen haben, bisher eingespeist? Meinen Sie es wirklich ernst damit, mit Biogas die Klimaneutralität zu erreichen? Glauben Sie, dass das irgendetwas bringt? Glauben Sie wirklich, dass wir den Industriestandort Bayern und Deutschland mit Biogas halten können? – Das kann doch nicht Ihr Ernst sein, was Sie ausgeführt haben. Das ist doch Unsinn. Deswegen ist es nur ein Teil der Lösung. Darüber können wir uns nur unterhalten. Dem können wir wirklich nicht zustimmen. Was Sie ausgeführt haben, ist einfach grundlegend falsch.

Sebastian Friesinger (CSU): Dazu kann ich immer nur sagen, dass Sie mit Ihren grundsätzlich falschen Behauptungen auch oft total danebenliegen. Das könnte ich ganz genauso sagen.

(Beifall bei der CSU)

Ich antworte auf Ihre Frage. Kein Mensch, auch von den Vorrednern, hat gesagt, dass die Einbringung von Biogas die alleinige Lösung wäre. Das hat kein Mensch gesagt. Das ist ein Baustein für die ganze Sache. Diesen Baustein müssen wir nutzen. Dabei bleibe ich.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Für die Staatsregierung spricht jetzt Herr Staatssekretär Tobias Gotthardt. Herr Staatssekretär, Sie haben das Wort.

Staatssekretär Tobias Gotthardt (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Zahlen sind tatsächlich beeindruckend: 2.711 Anlagen in Bayern, 1,7 Gigawatt erzeugte Stromleistung. Rund 20 % des Stroms aus erneuerbaren Energien in Bayern stammt aus Biogasanlagen. Im Namen des Wirtschaftsministeriums und der Bayerischen Staatsregierung sage ich: Bayern ist Biomasse-Land. Bayern ist stolz auf seine Biogasanlagen. Bayern will diesen Status auch behalten. Dafür arbeiten wir gemeinsam.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Das setzt aber auch voraus, dass wir die Landwirtinnen und Landwirte auf dem Weg hinüber in die flexible Fahrweise begleiten. Die Mischung aus Gasproduktion und Stromproduktion soll auf eine möglichst flexible Art und Weise erfolgen. Deswegen haben wir – das ist schon erwähnt worden – im Mai letzten Jahres die Einspeiseinitiative Biogas Bayern gegründet. Dabei handelt es sich auf Neudeutsch um einen Stakeholder-Prozess, bei dem wir alle, die Anlagenbetreiber, die Netzbetreiber, die Wissenschaft, die Wirtschaft und den Bauernverband, zusammenholen, um gemeinsame bayerische Positionen festzusetzen und mit einer gemeinsamen bayerischen Stimme in Berlin und in Brüssel unsere Anliegen vorzubringen. Wir sind damit erfolgreich. Bei aller Kritik, die jetzt geäußert wurde, bin ich dafür dankbar. Wir finden inzwischen im Wirtschaftsministerium in Berlin wieder deutlich mehr Gehör, als es noch vor zwei oder drei Jahren der Fall war. Das ist gut.

Wir sind auf dem richtigen Weg. Wir gehen diesen Weg auch mit sehr innovativen Ansätzen. Wir gehen nicht nur davon aus, einzelne Anlagen zu haben. Wir wollen verstärkt Biogas-Cluster generieren, um die Zusammenarbeit und den Zusammenschluss zu ermöglichen und damit auch die Einspeisung ins Netz zu vereinfachen. Für uns in der Staatsregierung ist Biogas ganz klar residuallastfähig, regional verfügbar und resilient, also krisenfähig. Deswegen schätzen wir es auch so. Mit einem einzigartigen Förderprogramm "BioMeth Bayern", das mit 10 Millionen Euro unterfüttert wurde,

haben wir zuletzt 14 Anlagen im Bau unterstützt. Das ist ein klares Bekenntnis zur Zukunft des Biogases in Bayern.

Wir brauchen noch mehr Power, noch mehr Druck und noch mehr Bewegung im Bund. Wir brauchen eine Grüngas-Strategie des Bundes. Dafür sind wir auch klarer Fürsprecher im Bundesrat. Wir wollen, dass sich die Rahmenbedingungen weiter verbessern, und befinden uns in einem, wie ich finde, sehr konstruktiven Austausch mit der Bundesregierung.

Zu den Rahmenbedingungen gehört auch, dass wir eine Anhebung des Ausschreibungsrahmens brauchen. Wir haben die Ausschreibungen für Bayern deutlich überzeichnet. Wir fordern eine Steigerung von 500 auf 2.500 Megawatt in den Jahren von 2027 bis 2032. Wir wollen auch die Modalitäten dahinter verändern. Beispielsweise wollen wir auch über den Maisdeckel diskutieren. Das ist eine wichtige Voraussetzung, damit das Ganze funktionieren kann.

Wir wollen auch, dass Biogas einen festen Platz in der Kraftwerkstrategie des Bundes findet, weil es ein wichtiger Baustein ist. Es ersetzt nicht alles. Das hat keiner gesagt. Biogas kann jedoch einen Beitrag leisten, den wir nutzen wollen. Wir wollen eine flexible Stromerzeugung. Das heißt auch, dass wir die Möglichkeit der flexiblen Netzanschlüsse deutlich vereinfachen und verbessern wollen. Im Bereich der Kraftstoffe und Brennstoffe haben wir, was Biogas betrifft, in Deutschland einen guten Standard erreicht. Die meisten Lkws fahren heute schon mit Biokraftstoffen oder Bio-LNG, wenn sie auf Gas umgestellt haben. Wir müssen somit Biomethan, Bio-CNG und Bio-LNG in gleicher Art und Weise fördern.

Alles in allem ist unsere Position als Wirtschaftsministerium und unsere Position als Staatsregierung, dass wir uns noch mehr Power für Biogas auf Bundesebene wünschen. Wir sind auf dem richtigen Weg. Ich glaube, es wäre Zeit, ein Biomassepaket 2.0 im Bund zu schnüren, um alle Potenziale zu schöpfen, die wir haben, damit wir auch in Zukunft sagen können: Bayern ist und bleibt ein Biomasseland.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Staatssekretär. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU auf Drucksache 19/11092 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU. Gegenstimmen! – Das ist die AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD-Fraktion ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.